

- (A) **Vizepräsidentin Petra Pau:**  
Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Dr. Wolfgang Gerhardt das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

**Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP):**

Ich höre mir sehr gerne Vorschläge zum Engagement der Friedrich-Naumann-Stiftung und dazu an, wofür wir in manchen Ländern eintreten sollen. Wir tun das auch. Wir haben die Rechte des tibetischen Volkes vertreten und mussten unser Büro in Peking schließen. Ich würde mir solche Vorträge noch lieber anhören, wenn sich auch andere politische Parteien deutlicher im Hinblick auf Venezuela und Nicaragua äußern würden. Wo sind solche Stellungnahmen?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich selbst habe die Außerlandesverbringung von Präsident Zelaya für unmenschlich gehalten; das ist gar keine Frage. Aber wir sollten nicht unter uns entscheiden, wer recht hat. Der oberste Gerichtshof in Honduras, besetzt mit unabhängigen Richtern,

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Bezahlt!)

hat seine Festnahme veranlasst – und nicht die Friedrich-Naumann-Stiftung; das will ich hier gesagt haben.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heute beschäftigen wir uns mit der Frage, wie wir aus dieser Lage herauskommen. Da wäre es doch vernünftig, den Sonntag abzuwarten und zu sehen, wie hoch die Wahlbeteiligung ist, ob die Wahlen fair stattgefunden haben und wie die Wahlergebnisse aussehen. Wir sollten uns nicht an die Stelle der Menschen in Honduras setzen, die am Sonntag entscheiden wollen. Nach diesem Sonntag sollten wir klug weiter beraten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort zu einer Erwiderung hat der Kollege Raabe.

**Dr. Sascha Raabe (SPD):**

Sehr geehrter Herr Kollege, da Sie es seit mehreren Wochen nicht verstanden haben, gehe ich nicht davon aus, dass Sie es jetzt durch meine Antwort verstehen werden. Trotzdem sage ich noch einmal: Ein Putsch ist ein Putsch ist ein Putsch. Dass Sie dies verurteilen und gleichzeitig Putschisten nach Berlin einladen und eigene Vorschläge unterbreiten, zeigt, dass Sie leider bis jetzt nicht verstanden haben, dass es hier darum geht, die Vorgänge eindeutig und unmissverständlich zu verurteilen und sie nicht mit Verweisen auf andere Länder zu rechtfertigen. Sie haben es immer noch nicht verstanden; das haben wir jetzt wieder sehen können. Also: Putsch bleibt Putsch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/33 mit dem Titel „Demokratie in Honduras“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/60 mit dem Titel „Demokratiebewegung in Honduras unterstützen – Wahlen der Putschisten nicht anerkennen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe den Zusatzpunkt 3 auf:

**Vereinbarte Debatte zu der von Bundesminister Dr. Franz Josef Jung in Aussicht gestellten Erklärung**

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

(D)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Bundesminister Dr. Franz Josef Jung.

**Dr. Franz Josef Jung**, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Vorgängen vom 4. September dieses Jahres in Kunduz und den aktuellen Behauptungen in der Öffentlichkeit nehme ich vor diesem Parlament wie folgt Stellung:

Zunächst einmal will ich deutlich machen, dass es mir bei diesem gesamten Sachverhalt um sachgerechte Aufklärung gegangen ist, die durch die NATO durchgeführt wurde, und auch darum, dass bei einer solch schwierigen Entscheidung unsere Soldaten, die in diesem Einsatz mit Risiko für Leib und Leben unsere Sicherheit gewährleisten, nicht mit Vorverurteilungen alleingelassen werden.

(Michael Groschek [SPD]: Rechtfertigung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem erhebliche Vorwürfe in der Öffentlichkeit gegen den Bundeswehroberst Klein vonseiten einiger europäischer Außenminister und anderer erhoben worden sind, habe ich mit Oberst Klein in Kunduz telefoniert und mich über den Sachverhalt aus seiner Sicht unterrichten lassen. Ich habe ihm versichert, dass wir diesen Vorverurteilungen entgegenzutreten und ihn dabei nicht alleine lassen.

**Bundesminister Dr. Franz Josef Jung**

(A) (Michael Groschek [SPD]: Ehrenwort-variante!)

Als am 6. September ein Bericht der *Washington Post* im Hinblick auf 125 Opfer – darunter auch zivile Opfer – öffentlich geworden ist, habe ich noch einmal mit Oberst Klein in Afghanistan telefoniert, aber auch mit General McChrystal, dem COMISAF. Wir waren übereinstimmend der Auffassung, dass jetzt alles getan werden muss, um den Sachverhalt korrekt aufzuklären und danach gegebenenfalls die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Am gleichen Tag, also an diesem 6. September, habe ich auch gegenüber der Öffentlichkeit unterstrichen, dass, wenn es zivile Opfer gegeben hat, wir dies sehr bedauern,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es ausgeschlossen! Ausgeschlossen!)

und ich habe auch mein Mitgefühl gegenüber den Angehörigen zum Ausdruck gebracht. Ebenfalls habe ich hinzugefügt, dass wir uns in einem solchen Fall um die Angelegenheit kümmern werden.

Mir ist dann ein Bericht über die Vorgänge vom 4. September aus Afghanistan zugegangen, der unterzeichnet worden ist von dem Gouverneur der Provinz Kunduz, dem Polizeichef der Provinz Kunduz, dem NDS-Chef der Provinz Kunduz, dem Provinzratsvorsitzenden der Provinz Kunduz und dem Kommandeur der zweiten ANA-Brigade.

(B) Dieser Bericht enthält unter anderem folgende Formulierungen – ich zitiere –:

Durch die Explosion wurden 56 bewaffnete Personen getötet und 12 Personen verletzt. Die Verletzten hatten Verbrennungen und wurden ins Krankenhaus nach Kunduz gebracht, wo ein Verletzter am 4. September 2009 seinen Verletzungen erlag.

Der Bericht geht dann weiter – ich zitiere wiederum wörtlich –:

Um diesen Vorfall besser zu untersuchen, ist auf Anordnung des Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistans eine Untersuchungskommission eingesetzt worden. Dieser Kommission gehören Vertreter des Innenministeriums, des Verteidigungsministeriums, des NDS und ein Vertreter des Präsidenten an.

Ich zitiere weiter:

Am 5. September 2009 ist die Untersuchungskommission mit einer ISAF-Delegation zusammengetroffen, um ihre Informationen abzugleichen. Nach Gesprächen mit Dorfbewohnern und Augenzeugen wurde bewiesen, dass alle Getöteten zu den Taliban und deren Verbündeten gehören.

Ende des Zitats.

In der Parlamentsdebatte am Dienstag, dem 8. September 2009, habe ich ebenfalls auf diesen Bericht, den

ich gerade zitiert habe, hingewiesen, aber dann Weiteres (C) noch hinzugefügt – ich zitiere –:

Weil es jetzt auch andere Informationen gibt, ist es notwendig und richtig, dass wir alles daransetzen, unseren Beitrag zur sachgerechten Aufklärung zu leisten. Ich sage noch einmal: Wenn es zivile Opfer gegeben hat, fordert dies unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl. Wir werden uns auch darum kümmern, dass die Situation vor Ort geregelt wird. Das halte ich für einen wichtigen Punkt. Aber um Entscheidungen in dieser Richtung treffen zu können, muss erst das abschließende Untersuchungsergebnis vorliegen.

Ende des Zitats.

Nach den entsprechenden Voruntersuchungen hat am 8. September 2009, also an diesem Tag, der COMISAF die NATO-Untersuchungen eingeleitet und General Sullivan mit der Untersuchung beauftragt. Ich habe sowohl mit dem Generalinspekteur als auch mit Herrn Staatssekretär Dr. Wichert besprochen, dass wir alles tun, um diese Untersuchungen zu unterstützen, ohne allerdings eigene Untersuchungen durchzuführen.

Anfang Oktober, aus meiner Erinnerung am 5. oder 6. Oktober, informierte mich der Generalinspekteur, dass es noch einen Feldjägerbericht gebe. Da allerdings die Untersuchung der NATO entscheidend sei, bitte er um Freigabe, dass wir diesen Bericht der NATO-Untersuchungskommission zuleiten. Für mich war wichtig, dass alle Untersuchungen der NATO zur Kenntnis gegeben (D) werden. Deshalb habe ich auch diese Freigabe erteilt. Konkrete Kenntnis von diesem Bericht habe ich allerdings nicht erhalten.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Am 7. Oktober ist dieser Bericht dann der NATO-Untersuchungskommission übergeben worden. Heute weiß ich, nach Einsichtnahme in die Akten, dass dieser Bericht am 9. September in Masar-i-Scharif zusammengeführt worden ist und dann über das Einsatzführungskommando am 14. September dem Einsatzführungsstab des Bundesverteidigungsministeriums zugeleitet worden ist. Für mich war allerdings entscheidend, dass der Bericht der NATO-Untersuchungskommission hier entsprechend berücksichtigt wird. Dieser Bericht der NATO-Untersuchungskommission ist dann auch nach Amtswechsel im Bundesverteidigungsministerium eingegangen. Dieser NATO-Untersuchungsbericht ist auch der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass aus diesem gesamten Sachverhalt eindeutig hervorgeht, dass ich sowohl die Öffentlichkeit als auch das Parlament korrekt über meinen Kenntnisstand hinsichtlich dieser Vorgänge informiert habe.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**(A) Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Rainer Arnold für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Rainer Arnold (SPD):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Jung, Sie haben Ihre Rede mit Herrn Oberst Klein begonnen. Wir müssen zunächst einmal festhalten: Es geht uns überhaupt nicht um Herrn Oberst Klein. Wir haben großes Verständnis für die ernste und schwierige Situation der Soldatinnen und Soldaten, die in Kunduz im Auftrag des Deutschen Bundestages eine schwierige Aufgabe zu erledigen haben. Es geht also nicht darum: Machen Soldaten unter dem Druck in ihrem Alltag, der nicht einfach ist, Fehler? Vielmehr geht es darum: Wie geht Politik mit der Wahrheit und mit möglichen Fehlern um?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Minister Jung, wir sagen sehr deutlich: Wir hätten uns heute eine andere Rede gewünscht:

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erwartet!)

nicht wegdrücken, wenn es schwierig wird, sondern – das zeichnet Politik aus – politische Verantwortung übernehmen.

**(B)**

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ihr Parteifreund, der frühere Verteidigungsminister Stoltenberg, hat im Jahr 1992 gezeigt, was es bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, wenn man sein Haus nicht unter Kontrolle hat, wenn Beamte möglicherweise Fehler gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

All dies weisen Sie weit von sich.

Es ist schon interessant, dass Frau Hoff aus der Fraktion Ihres Koalitionspartners heute erklärt hat, falls Sie nicht die Wahrheit gesagt hätten, fordere sie Ihren Rücktritt.

(Elke Hoff [FDP]: Na, na, na! Das tut mir leid! Das ist nicht in Ordnung!)

– Frau Hoff, ich kann es vorlesen. – Für den Fall, dass Sie nicht informiert waren: Sie sagte sinngemäß: Wenn der Minister sein Haus nicht im Griff hat, erfordert auch dies Konsequenzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So ging das Zitat über den Ticker. Frau Kollegin Hoff, ich muss Ihnen sagen: Wo Sie recht haben, haben Sie recht.

Herr Minister Jung, das Problem ist doch: Wir Verteidigungspolitiker haben vom ersten Tag an mit Ihnen darüber geredet, dass es nicht korrekt ist, dass sie uns immer nur scheinbar, im Sinne einer Salamatik, über diesen Freitag, den 4. September, informiert haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Um es klar zu sagen: Auch wir Obleute erhielten – das haben wir schon damals kritisiert – immer erst dann Informationen, wenn sie in der Zeitung gestanden hatten. Erst dann haben wir einen Anruf oder eine Einladung zu einer Obleuterunde erhalten. Das sind die Fakten. Der Umgang mit dem Bericht der Feldjäger reiht sich also in die gesamte Kette der Vernebelung der Vorgänge ein.

Wir wollen wissen – deshalb haben wir für morgen eine Sondersitzung des Verteidigungsausschusses beantragt –: Wo sind Informationen angekommen? Wann sind sie angekommen? Wer alles im Haus hat sie auf dem Tisch gehabt? Wie wurden sie zur ISAF weitergeleitet? Viele andere Fragen kommen hinzu. Uns interessiert auch: Was ist eigentlich mit dem Abschlussbericht des damaligen ISAF-Kontingentes, in den zwangsläufig die Erkenntnisse der Feldjäger einfließen? Wo ist dieser Abschlussbericht angekommen? Wie wurde er ausgewertet? Welche Konsequenzen hat der jetzige Minister aus diesem Abschlussbericht gezogen? All dies muss morgen geklärt werden.

Eines ist auch klar: Wenn die Regierung morgen nicht die Chance nutzt, alle Fakten präzise auf den Tisch zu legen, dann muss das Parlament zum schärfsten Schwert greifen, das es hat, nämlich einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen, der die Möglichkeit hat, alle Akteure einzubestellen und mit ihnen zu reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Minister Jung, ich erinnere mich noch sehr gut an die Tage zwischen dem 4. und dem 7. September dieses Jahres. Wir wissen, dass am 7. September, am Montagabend, der Vorabbericht von ISAF im Ministerium eingegangen ist, wohl auch auf dem Schreibtisch des beamteten Staatssekretäres gelandet ist. Sie können zwar sagen: Das war nur ein Vorabbericht. – Da haben Sie recht. Dieser Vorabbericht enthält aber ziemlich dramatische Indizien dafür, dass es eben leider auch zivile Opfer gegeben hat. Am nächsten Morgen sitzen wir Obleute mit Ihnen drüben im Briefing-Raum zusammen, und Sie sagen nach wie vor: Es hat keine zivilen Opfer gegeben. Da wollen wir dann schon wissen: Haben Sie den Bericht gelesen? Wurden Sie informiert? Ich frage auch weiter: Hatten Sie überhaupt Interesse daran,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

von den Soldaten und vom Generalinspekteur die Informationen zu bekommen? Die Soldaten haben eine Bringschuld – die haben sie zweifellos –, aber der Minis-

Rainer Arnold

- (A) ter hat in so einer sensiblen, heiklen Lage auch eine Holschuld. Wir hatten manchmal den Eindruck, dass es eine politische Strategie gab, auch ausdiskutiert in Ihrem Umfeld, die im Grunde genommen darauf abgezielt hat, die tragischen Ereignisse von dem Minister und seiner Verantwortung möglichst weit fernzuhalten. Dies alles wollen wir morgen geklärt haben.

Wir schauen darauf, wie der jetzige Minister mit diesem Thema umgeht. Herr Minister zu Guttenberg, Sie haben sehr schneidig den Generalinspekteur in die Wüste geschickt, ihn gehen, ziehen lassen, und den Staatssekretär zumindest in den Urlaub. Sie pflegen damit auch Ihr Image, tatkräftig und entscheidungsfreudig zu sein. Gelegentlich würden wir uns allerdings wünschen, dass in solch einer Situation auch ein bisschen Demut aus Ihren Aktionen ins Spiel kommt,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das sagen gerade Sie!)

Demut vor der Komplexität und der großen Verantwortung in diesem Amt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht nur um schöne Bilder, Herr zu Guttenberg, sondern es geht vor allem um einen verantwortlichen Umgang. Das ist das Erste. Die schönen Bilder – jeder von uns sieht sich ja gerne in der Zeitung – dürfen das Zweite sein, aber nicht das Erste.

- (B) Herr Minister zu Guttenberg, Sie haben heute zum ersten Mal eingeräumt, dass Sie möglicherweise ein bisschen zurückrudern werden, falls der Feldjägerbericht neue Erkenntnisse bringt. Ich sage Ihnen: Wer den ISAF-Bericht sorgfältig liest, stellt fest, dass der Feldjägerbericht keine neuen Erkenntnisse bringt. Wer den ISAF-Bericht sorgfältig liest, darf auch nicht zu Ihrer Einschätzung kommen, Herr zu Guttenberg, und am Ende sagen: Da wurden zwar Fehler gemacht, aber das Falsche erklären wir jetzt als richtig. Es wurden Fehler gemacht, nicht nur Verfahrensfehler. Diese Fehler haben tragische Auswirkungen gehabt. Ich erwarte vom Verteidigungsminister, dass er sich dieser Verantwortung stellt und nicht der deutschen Öffentlichkeit erklären will, dieser Einsatz sei angemessen und verhältnismäßig gewesen. Es war nicht angemessen, ohne Gefahr im Verzug Luftunterstützung anzufordern. Dies besagen die NATO-Regeln eindeutig. Es ist auch nicht angemessen und verantwortbar, auf eine große Menschenansammlung schwere Bomben zu werfen, weil das Risiko, dass Unschuldige zu Tode kommen, latent ist. Leider hat die Nacht dies auf grausame Weise bestätigt.

Herr Minister zu Guttenberg, ich glaube, auch Sie sollten die Chance nutzen, morgen im Verteidigungsausschuss Ihre Position nochmals zu überdenken. Auch hier gilt: Wenn dies nicht geschieht, muss das Parlament mit seiner parlamentarischen Waffe „Untersuchungsausschuss“ nachvollziehen, wie Sie zu dieser Entscheidung kommen können, wenn fast alle, die diesen Abschlussbericht geschrieben und gelesen haben, dies anders bewerten. Dies ist insgesamt ein sehr ernster Vorgang.

- (C) Ich komme zum Schluss. Das eigentlich Tragische ist: Wir reden von Parlamentsarmee und meinen damit nicht nur unser parlamentarisches Recht, Soldaten in den Einsatz zu schicken, und das Parlamentsbeteiligungsgesetz, sondern wir verstehen im Kern unter Parlamentsarmee „Armee in der Demokratie“. Das heißt, Armee und deren Führung müssen transparent und beispielhaft sein beim Umgang mit der Bundeswehr und den Problemen in der Bundeswehr. Das ist unser Anspruch, und das ist der Anspruch der deutschen Öffentlichkeit. Er wurde bisher nicht erfüllt. Sie verspielen das allzu wichtige Vertrauen in die Arbeit der Bundeswehr. Sie verursachen dies als Verantwortlicher für die Kommunikation in den letzten Wochen. Das finden wir schwierig, weil wir in diesen Tagen sehr ernste Einsatzentscheidungen treffen müssen. Das lastet auf all diesen Diskussionen. Dies bedauern wir. Sie sollten das korrigieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Elke Hoff für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Elke Hoff (FDP):**

- (D) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Arnold, es hätte sicherlich hervorragend in Ihre Argumentation gepasst, wenn diese Pressemeldung, auf die Sie sich bezogen haben, nicht wenige Minuten nach Erscheinen korrigiert worden wäre, weil genau dieser Satz, den Sie in dieser Form interpretiert haben, so nicht gesagt wurde. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Ich finde, man sollte auch hier im Plenum so viel Fairness besitzen, darauf aufmerksam zu machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Das passt zu den Sozis! Das war wieder mal die Vermischung von Wahrheit und Unwahrheit! So sind sie!)

Ich stimme Ihren Ausführungen insofern zu, Herr Kollege Arnold, als es sich hier um einen sehr ernsten Sachverhalt handelt. Ich glaube, dass es für einen Sicherheitspolitiker sicherlich angenehmere Minuten gibt, als über das Thema zu diskutieren, mit dem wir uns hier auseinandersetzen müssen. Aber ich warne auch davor – davor sollten wir uns hüten; ich glaube, das habe ich und das hat auch unser Außenminister heute Vormittag deutlich gemacht –, der Öffentlichkeit vor einer lückelosen Aufklärung der Fakten im Deutschen Bundestag Vorverurteilungen kundzutun. Wir sind nicht das Tribunal, das darüber zu entscheiden hat, was in Kunduz im Einzelnen vorgefallen ist. Das ist eine Aufgabe, die zurzeit wichtig ist, die wir aber wirklich in der gebotenen Ruhe und angemessenen Reihenfolge angehen sollten. Auch meine Fraktion hat ein Interesse an einer lückelosen Aufklärung, vor allem im Interesse der Bundeswehr,

Elke Hoff

- (A) vor allem im Interesse der Soldatinnen und Soldaten, die im Auslandseinsatz sind.

Ich habe mir heute – erlauben Sie mir an dieser Stelle bitte diese persönliche Bemerkung – natürlich auch die Frage gestellt: Was denken unsere Soldatinnen und Soldaten in Kunduz über diese Debatte, die wir jetzt führen müssen? Es ist unser Anliegen, gemeinsam mit der Bundesregierung so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass es eine transparente Aufarbeitung dieses Sachverhaltes gibt. Ich freue mich, dass wir morgen früh im Verteidigungsausschuss ein umfassendes Briefing der Bundesregierung bekommen werden.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir bekommen ein Briefing? Wir sind doch keine Befehlsempfänger! Wieso bekommen wir von der Bundesregierung ein Briefing? – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Es geht doch nicht um ein Briefing! Das ist ja ganz was Neues!)

Ich hoffe sehr, dass dann keine weiteren Fragen mehr offen sind. Sollten wir zu dem Ergebnis kommen, dass Fragen noch nicht beantwortet sind, Herr Kollege Arnold, und Sie den Vorschlag machen, dass ein Untersuchungsausschuss einzusetzen ist, dann wird sich, wie ich glaube, keine Fraktion hier im Hause diesem Anliegen verschließen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine? Dann würde die Kanzlerin aber nicht amüsiert gucken!)

- (B) Insofern bitte ich an dieser Stelle darum, dass wir gemeinsam eine saubere Aufarbeitung dieses Vorganges durchführen. Wenn es am Ende der Reise Ergebnisse gibt, dann sollten wir darüber in den dafür zuständigen Gremien und natürlich auch im Deutschen Bundestag diskutieren.

Herr Minister zu Guttenberg, ich freue mich sehr auf Ihre Aufklärung morgen früh. Herr Minister Dr. Jung, wir als FDP-Fraktion nehmen Ihre Ausführungen in der hier vorgetragenen Form zur Kenntnis.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt gehört, an wen man alles denken muss. Ich finde das auch richtig, füge aber hinzu: Vielleicht sollten wir zuerst einmal an die bis zu 142 Toten denken, die es dort am 4. September 2009 gegeben hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, mit welcher Salamtaktik wir Schritt für Schritt informiert worden sind und dass das ziemlich unerträglich war. Aber es kommt noch etwas anderes hinzu: Sie selbst haben die Situation der Staatsanwaltschaft ungeheuer erschwert, Herr Jung, weil Sie immer bestritten haben, dass dort ein Krieg stattfindet. Wenn dort kein Krieg stattfindet, dann gilt auch kein Völkerrecht und kein Kriegsrecht. Dann gilt das Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland. Sie konnten niemals im Ernst davon ausgehen, dass eine Notwehrsituation vorlag, als die Menschen getötet worden sind.

(Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister: Das gilt doch für jedes Mandat!)

– Nein. – Wissen Sie, Herr Jung, manchmal ist es so: Man will aus bestimmten Gründen einen bestimmten Begriff nicht verwenden und richtet nur noch größeren Schaden an, weil man es nicht zugibt. Es ist nichts anderes als Krieg; denn es wird geschossen und auch getötet.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch nach dem Völkerrecht war das natürlich nicht legitim, weil Zivilpersonen zu schützen sind. Hier gibt es klare Vorgaben wie „Gefahr im Verzug“ und vieles andere mehr, was hätte bedacht werden müssen. Das ist das Erste.

- (D) Das Zweite ist: Als Bundesminister sind Sie verpflichtet, in einem Ermittlungsverfahren sämtliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit die Staatsanwaltschaft tatsächlich ermitteln kann. Sie haben heute mit keinem Satz erklärt, warum das nicht geschehen ist. Ihre Antwort darauf sind Sie uns nach wie vor schuldig.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gelesen, was heute in der *Bild*-Zeitung stand. Wenn ich mir eine kritische Bemerkung gestatten darf: Herr zu Guttenberg, wieso immer dieser Weg? Warum können Sie nicht einfach vor die Presse treten und das erklären? Warum muss erst dafür gesorgt werden, dass eine Information an die *Bild*-Zeitung geht und die *Bild*-Zeitung das veröffentlicht, bevor Sie Stellung nehmen? Warum gehen Sie nicht von selbst den Weg, zu sagen: „Das und das habe ich als neuer Minister festgestellt, das wird offengelegt, und das ist jetzt zu korrigieren“?

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Wenn Sie heute Morgen hier gewesen wären, wüssten Sie das!)

Ich habe den Artikel gelesen. Die entscheidenden Fragen haben Sie nicht beantwortet, Herr Jung: Haben Sie die Videos gesehen? Wenn nicht: Warum sind sie nicht an die Staatsanwaltschaft gegeben worden? Sie haben nun von einem Feldjägerbericht mit 42 Anlagen gesprochen. Sie haben gesagt – ich habe Sie doch richtig verstanden? –, Sie hätten ihn freigegeben, ohne ihn gelesen zu haben.

**Dr. Gregor Gysi**

- (A) (Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er gesagt! – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Wo waren Sie eigentlich heute Morgen? Da ist das alles erörtert worden! Das ist eine Frechheit!)

– Moment! – Ich habe dazu eine Frage: Wie können Sie etwas freigeben, was Sie nicht einmal gelesen haben?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss man erstmal bringen!)

Nach welchen Kriterien geben Sie denn etwas frei? Das möchte ich gerne wissen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine zweite Frage: Wenn Sie den Bericht freigeben, warum geben Sie ihn nicht der Staatsanwaltschaft? Auch darauf ist hier keine Antwort erfolgt. Das geht nicht.

Ich sage Ihnen: Ich kenne schwierige Situationen, und ich weiß, wie sich das hinzieht. Ich möchte im Augenblick nicht in Ihrer Rolle stecken.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das werden Sie auch nie!)

Ich weiß, wie unangenehm das ist. – Nein, verstehen Sie: Ich sehe durchaus auch den Menschen, Sie nicht, aber ich schon. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir in erster Linie die Toten sehen müssen. Herr Jung, Sie kommen sowieso nicht umhin, die Konsequenzen zu ziehen. Ziehen Sie es nicht in die Länge! Das hilft Ihnen nicht.

- (B) (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß auch nicht: Wer war denn noch informiert? Frau Bundeskanzlerin, haben Sie davon gewusst? Ich weiß es nicht. Warum erfolgen keine Stellungnahmen? Das wäre doch wohl das Mindeste. – Hören Sie zu! Das ist doch ein außergewöhnlicher Vorgang: Durch den Befehl eines Soldaten der Bundeswehr sind bis zu 142 Menschen gestorben; aber man erfährt so gut wie nichts und wenn, dann immer nur ein kleines Stückchen. Das geht einfach nicht. Die deutsche und die internationale Öffentlichkeit haben einen Anspruch auf Aufklärung; diesen Anspruch sollten Sie befriedigen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Glauben Sie mir, Herr Jung: Sie werden letztlich keine andere Wahl haben. Ziehen Sie am besten gleich die Konsequenzen! Das ist in unserem Interesse, aber auch in Ihrem.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Jürgen Trittin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** (C)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan ist zurückgetreten. Er hat damit Verantwortung für einen Fehler übernommen. Ich finde, wir sollten Herrn Schneiderhan unseren Respekt dafür nicht versagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dieser Generalinspekteur stand in vieler Hinsicht für die Haltung: Schutz der Soldaten und der Zivilistinnen und Zivilisten. Ich kann für meine Fraktion sagen: Wir haben Einsätzen in vielen Fällen eher trotz Ihnen, Herr Jung, zugestimmt, weil es diesen Generalinspekteur gegeben hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie heute die gleiche mannhafte Courage an den Tag legen und die gleiche Konsequenz ziehen und für diesen Fehler zurücktreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben – ob wissentlich oder unwissentlich – gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und diesem Deutschen Bundestag faktisch die Unwahrheit gesagt; das können wir heute feststellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Wir wissen, dass bereits am Abend des 4. September, vor dem Bombardement, bekannt war, dass die Taliban Zivilisten an den Tatort beordert hatten, und wir wissen, dass bereits wenige Stunden nach diesem Bombardement im Einsatzführungskommando in Potsdam Informationen vorlagen, wonach es mehrere Patienten im Alter von 10 bis 20 Jahren gegeben hat, die verletzt waren, und dass es zwei Leichen im Teenageralter gegeben hat. All dies war im Einsatzführungszentrum in Potsdam am 5. September bekannt. Was erklärte der Bundesverteidigungsminister am 6. September in der *Bild am Sonntag*? Er erklärte – wörtliches Zitat –, es seien „ausschließlich terroristische Taliban getötet worden“. Herr Jung, Sie haben an dieser Stelle die Unwahrheit gesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben an einem weiteren Punkt auch in diesem Parlament die Unwahrheit gesagt. Sie haben erklärt, es habe zwei Quellen gegeben, die aufgeklärt hätten und an dieser Stelle erklärt hätten, hier seien keine Menschen in Gefahr. Die Wahrheit ist: Bereits am 6. September, zwei Tage vor der Bundestagsdebatte, hat die NATO festgestellt, dass es anhand der Bilder des Videos unmöglich sei, die Aussagen des Informanten, von dem wir heute wissen, dass er keinen Kontakt vor Ort hatte, zu bestätigen. Das heißt, dieser Befehl ist entgegen den öffentlich zugänglichen Einsatzregeln erfolgt. Auch in diesem

**Jürgen Trittin**

- (A) Punkt haben Sie, Herr Jung, diesem Parlament die Unwahrheit gesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es wäre daher gut gewesen, wenn Sie heute die Konsequenz gezogen hätten. Stattdessen haben Sie sich erneut verstrickt. Sie haben gesagt, Anfang Oktober – der Hinweis vom Kollegen Gysi ist richtig – hätten Sie einen Bericht freigegeben. Ich sage Ihnen: Diese Feldjägerberichte sind keine Geheimakten; sie sind „VS – Nur für den Dienstgebrauch“. An dem Tag, an dem Sie diesen Feldjägerbericht an die NATO weitergeleitet haben, hätten Sie veranlassen müssen, dass dieser Bericht diesem Parlament, seinem Verteidigungsausschuss und seinem Auswärtigen Ausschuss sofort und unmittelbar ebenfalls zur Verfügung gestellt wird. Sie haben hier nicht nur die Unwahrheit gesagt. Sie haben uns alle hinter die Fichte geführt, und das gehört sich nicht in einer Demokratie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Ja, wir wollen das jetzt aufgeklärt sehen. Liebe Frau Kollegin Hoff, ich habe mit großem Interesse gehört, dass Sie sich für eine lückenlose Aufklärung ausgesprochen haben. Ich freue mich schon darauf, wenn morgen Nachmittag die Entscheidung ansteht. Ich weiß nicht, ob Sie angesichts der Praxis von Herrn Jung noch Hoffnung haben, dass morgen eine lückenlose Aufklärung erfolgt. Ich freue mich aber schon darauf, dass Sie sich gemeinsam mit uns mit dafür einsetzen werden, dass diese Fakten mit den Mitteln des Parlamentes, weil auf diese Exekutive kein Verlass ist, aufgeklärt werden, und dass Sie sich mit uns dafür einsetzen werden, dass sich der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss konstituiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Liebe Frau Bundeskanzlerin, lieber Kollege zu Guttenberg, ich finde, Sie hätten an dieser Stelle allen Grund gehabt, sich hier zu erklären. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben uns gegenüber in der Regierungserklärung gesagt, Sie bedauerten das; wenn dort unschuldige Menschen zu Tode gekommen seien, dann entschuldigten Sie sich.

Herr zu Guttenberg ist aber so weit gegangen, nicht nur zu sagen, das sei militärisch angemessen und verhältnismäßig gewesen. Sie haben sich sogar zu der Formulierung verstiegen, dieser Angriff sei unabweisbar gewesen. Ich zitiere dies jetzt nur aus öffentlich zugänglichen Quellen der NATO und aus dem im Internet für jedermann anzusehenden Film. Ich frage Sie, warum diese Piloten, wenn es unabweisbar war, fünfmal gefragt haben: Sollen wir keinen Tiefflug machen, um die dort versammelten Menschen vor dem zu warnen, was gleich passiert?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wenn man sich dieses Video anschaut, dann bestätigt sich auch eine weitere schlimme Tatsache, nämlich dass entgegen der Frage der Piloten angeordnet worden ist, direkt zwischen die beiden Tanklastzüge zu zielen: dorthin, wo auf dem Video die Menschen zu erkennen sind. (C)

Meine Damen und Herren, Frau Bundeskanzlerin, Herr Bundesverteidigungsminister, das ist nicht Schutz der Zivilbevölkerung; das ist Vorsatz, und das können wir in diesem Lande nicht dulden. Das geht nicht. Damit desavouieren Sie auch die Arbeit der Bundeswehr, die sie in Afghanistan macht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Andreas Schockenhoff für die Unionsfraktion.

**Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt Bundesminister Jung für die klare Stellungnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aufhören! – Zuruf von der SPD: Unverschämtheit!)

Er hat das Notwendige zur Entkräftung des Vorwurfs gesagt, er habe wissentlich oder wahrheitswidrig ihm vorliegende Informationen verschwiegen. (D)

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Schockenhoff!)

Heute Morgen hat der Bundesminister der Verteidigung unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass absolute Transparenz und Offenheit bei der Information gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit für ihn oberste Priorität haben. Dies begrüßen wir außerordentlich; denn nur das ermöglicht, dass die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für ihren Einsatz in Afghanistan den Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern finden, auf den sie einen Anspruch haben.

Wo diese Vorgabe der Transparenz und Offenheit nicht befolgt wird, müssen Konsequenzen gezogen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Michael Groschek [SPD]: Dann fangt mal an!)

Deswegen war es folgerichtig, dass der Bundesminister der Verteidigung heute unmittelbar nach Bekanntwerden und Prüfung der ihm bisher nicht bekannten Berichte die Bitte des Generalinspektors, ihn von seinen Dienstpflichten zu entbinden, angenommen und den verantwortlichen Staatssekretär entlassen hat.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Groschek [SPD]: Nebelwerfer!)

**Dr. Andreas Schockenhoff**

- (A) Die Aufklärung der Hintergründe dieses komplexen Vorgangs liegt in unserem unbedingten Interesse. Vor allem hat auch Bundesminister Jung einen Anspruch darauf.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollten die Oppositionsfraktionen nach der morgigen Sitzung des Verteidigungsausschusses und nach der Aussprache über den Bericht von Bundesminister zu Guttenberg einen Untersuchungsausschuss für erforderlich halten, ist die CDU/CSU-Fraktion damit sehr einverstanden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Hans-Peter Bartels für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beredsamkeit der Redner der Koalitionsfraktionen spricht Bände.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich stimme der Kollegin Hoff zu. Das kann man erst einmal nur zur Kenntnis nehmen. Ich stimme zu, dass man nur sehr kurz sagen kann: Wenn etwas aufzuklären ist, dann muss es aufgeklärt werden. Da gibt es offenbar bei den Regierungsfractionen ein ähnliches Informationsbedürfnis wie bei uns.

Es wird um vier Komplexe gehen. Erstens. Warum hat Minister Jung Informationen, die die Bundeswehr besaß, verschwiegen und einen falschen Eindruck erweckt? Die Faktenlage ist durchaus so, dass es in dem Umfeld des Interviews, das die *Bild*-Zeitung heute zitiert hat, in dem er sagt, dass nur Terroristen getroffen wurden, bereits andere Informationen gab, etwa der NATO. Der NATO-Pressesprecher von ISAF hat Krankenhäuser besucht und sich dabei fotografieren lassen. Am 6. September war das in allen Zeitungen Deutschlands zu lesen. Das sind doch Informationen, die allen zugänglich sind, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Antwort kann nur lauten: Entweder wusste er es besser, aber es passte ihm nicht ins Konzept – damals waren Wahlkampfzeiten –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

oder er wusste es nicht besser. Aber dann hatte er sein Ministerium nicht im Griff. Warum soll er jetzt ein anderes Ministerium ruinieren?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Will er nach der Reform der Jobcenter auch sagen, dass er es nicht besser gewusst hat? (C)

Komplex zwei. Wusste Minister zu Guttenberg, als er sich öffentlich äußerte, eigentlich alles? Ich komme auf die Frage, weil sich der Fraktionschef der Union, Kollege Kauder, heute wie folgt geäußert hat – ich zitiere aus *Spiegel Online* –:

Ich gehe mal davon aus, wenn man es dem Herrn zu Guttenberg nicht vorgelegt hat, obwohl der sich bei Dienstantritt zu diesen Vorgängen ja geäußert hat, dass es dem Herrn Jung auch nicht vorlag.

Das Ganze also anders herum.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Bartels, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindner?

**Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):**

Gerne.

**Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP):**

Herr Kollege, der damalige Minister des Auswärtigen war der Kollege Steinmeier. Wollen Sie uns bitte darlegen, was der Kollege Steinmeier damals in seiner Funktion als Bundesaußenminister wusste,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

- welche Berichte er sich hat vorlegen lassen und wie er als Minister des Auswärtigen seiner Holschuld in Bezug auf Afghanistan nachgekommen ist? (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Ablenkungsmanöver!)

**Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):**

Herr Kollege, „Holschuld“ ist ein prima Stichwort. Als Minister, der für die Bundeswehr zuständig ist, hat man, wenn ganz Deutschland über einen solchen Vorfall diskutiert, eine Holschuld,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

in seinem eigenen Haus mitzubekommen, was passiert ist. Ich denke, dann wird man auch die Kollegen in der Bundesregierung informieren. Das ist offensichtlich nicht geschehen. Er sagte, er sei selbst nicht informiert gewesen.

Uns interessiert, was Minister zu Guttenberg gewusst hat, was der Kollege Jung nicht gewusst hat – das war Wochen später –, und was er sich hat vorlegen lassen, als er sich öffentlich äußerte.

Komplex drei. Wenn das alles so nachvollziehbar ist, wie Sie das vorgetragen haben, Herr Minister Jung: Warum mussten dann heute der Generalinspekteur und der Staatssekretär Wichert entlassen oder beurlaubt werden?



**Dr. Hans-Peter Bartels**

(A) (Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben heute nicht gehört, welche Fehler diesen beiden Spitzenleuten des Ministeriums vorgeworfen werden. Sind sie Bauernopfer?

Komplex vier. Der Generalinspekteur und der Bundesminister zu Guttenberg haben sich durchaus unterschiedlich – Kollege Trittin hat das zitiert – zu dem Vorfall im Kunduz-Fluss geäußert. Ich zitiere Minister zu Guttenberg aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* – das entscheidende Wort einer langen Stellungnahme lautet „müssen“ –:

Selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zu dem Luftschlag kommen müssen.

Das hat der Generalinspekteur dezidiert anders dargestellt. Er spricht nicht von „müssen“. Er sagt in Solidarität mit den Kameraden in Afghanistan: Die Lage war so, dass es möglicherweise angemessen gewesen sein kann. Nicht „müssen“! Welche Informationen haben Sie denn gehabt, als Sie sagten, dass dieser Luftschlag hätte stattfinden müssen, Herr zu Guttenberg? Der NATO-Untersuchungsbericht gibt dafür wahrscheinlich nicht die Grundlage her. Zu diesem Schluss käme man, wenn man ihn kennen würde. Er ist aber geheim. Insofern reden wir sozusagen unter Einäugigen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Wir reden geheimnisvoll!)

(B) – Niemand will Geheimnisse verraten. – Es ist aber kein Geheimnis, wenn ich sage, dass der Eindruck, der öffentlich erweckt wird, durch den NATO-Untersuchungsbericht meiner Meinung nach nicht gedeckt ist. Da geht es nicht um „müssen“, sondern um Fehler, die gemacht worden sind und die abzustellen sind, sowie um Vorschläge, wie man sie abstellen kann. Die NATO kritisiert das, was Sie rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Jung, es ist richtig – auch Kollege Gysi hat darauf hingewiesen –: Man muss nicht alles wissen. Man kann in einem so riesigen Verantwortungsbereich auch nicht alles wissen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss man wissen!)

Aber in einer Zeit, in der ganz Deutschland im Wahlkampf tagelang über die Frage diskutiert: „Was ist da eigentlich gewesen?“, ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Inhabers der Befehls- und Kommandogewalt, sich selbst aktiv darüber schlau zu machen, was die Bundeswehr und sein Haus darüber wissen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist dann das Recht des Parlaments – auch wenn Wahlkampf ist und man nicht mehr regelmäßig zusammenkommt –, zu erfahren, was Sie wissen. Es ist armseelig, wenn Sie sagen, Sie haben nichts gewusst, und nach

und nach scheinbar herauskommt, was in der Bundeswehr an Informationen vorhanden war. Wir werden morgen früh im Verteidigungsausschuss und vermutlich auch danach in einer Sonderveranstaltung einigen Informationsbedarf haben. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Kollege Dr. Rainer Stinner von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

**Dr. Rainer Stinner (FDP):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ohne jeden Zweifel beschäftigt uns dieses Thema in einer kritischen Situation, nämlich der Diskussion über die Verlängerung von Afghanistan-Mandaten. Ohne jeden Zweifel haben wir es mit einem sehr gravierenden Vorgang zu tun, nämlich der Fragestellung: Wann sind welche wichtigen Informationen bei wem angekommen, und wie sind sie verarbeitet worden?

Wir als Parlament haben selbstverständlich die Aufgabe, diese Fragen zu stellen und aufzuklären. Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich in den letzten vier Jahren im Verteidigungsausschuss sehr wohl das Informationsverhalten des Verteidigungsministeriums des Öfteren – um es höflich auszudrücken – problematisiert habe. (D)

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da waren Sie auch in der Opposition!)

Deswegen stehe ich nicht dafür, dass wir hier in irgendeiner Weise etwas vertuschen. Gerade angesichts der Diskussion, die wir diese und nächste Woche führen und für die wir gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten Verantwortung tragen, plädiere ich sehr nachdrücklich dafür, dass wir uns nicht vorschnellen oppositionellen Empörungsreflexen – die ich verstehen kann – hingeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich bitte Sie allerdings, daran zu denken: Was richten Sie mit vorschnellen Urteilen an? Ich habe nichts gegen endgültige Urteile. Die Fraktion der FDP wird sich dem Urteil und den Fakten, die eines Tages herausgefunden werden, mit Sicherheit stellen. Wir werden einem Untersuchungsausschuss zustimmen, wenn das die Mehrheit im Ausschuss will und wenn Klärung anders nicht erreicht werden kann. Ich plädiere aber nachdrücklich dafür, dass wir erst dann, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist, Bewertungen vornehmen und die politischen Konsequenzen ziehen. Sonst tun wir unseren Soldaten und unserem Volk einen schlechten Dienst.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)